



## Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 19.01.2017, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

TOP 1

Vergabebeschluss für die Standardisierte  
Bewertung eines BRT-Systems

Vorl.Nr. 501/16

---

#### Beschluss:

Das Büro Ingenieur Gesellschaft Verkehr Stuttgart (IGV) wird, anknüpfend an die erfolgte Machbarkeitsstudie, für die Durchführung der Standardisierten Bewertung für das Bus Rapid Transit- System beauftragt. Die Vergabesumme beträgt 98.389,20 Euro, maximal 100.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat T. Lutz

Ja 6 Nein 3 Enthaltung 5 Befangen 0

Beratungsverlauf:

Zu Beginn der Sitzung teilt BM Ilk mit, dass der Tagesordnungspunkt 4 „Straßenteilumbenennung Schlieffenstraße (Vorberatung)“ abgesetzt werde, da es noch weiteren Diskussionsbedarf gäbe.

Anschließend erkundigt er sich, ob zum vorliegenden Tagesordnungspunkt ein Sachvortrag gewünscht werde, oder die Diskussionen über das Thema in den letzten Monaten ausgereicht hätten. Ein Sachvortrag wird vom Gremium nicht gewünscht.

Stadtrat **Gericke** hält die Vorlage für nicht aussagekräftig, insbesondere auf welcher Grundlage die Bewertung durchgeführt werden solle. Die Vorlage lasse Fragen offen und hätte umfangreicher sein können. Grundsätzlich sei es nicht schlecht alle Varianten zu prüfen bevor man eine große Entscheidung treffe. Die Rahmenbedingungen der Prüfung müssten aber klar sein.

Stadträtin **Liepins** zeigt sich überrascht, da sie davon ausgegangen sei, dass die Untersuchung bereits in Auftrag gegeben wurde. Es sei für sie schwierig, 100.000 EUR für ein Gutachten zu bewilligen, wenn man von der BRT-Variante nicht überzeugt sei. Eine BRT-Trasse die durch die Innenstadt führe sei nicht vergleichbar mit einer Nieder- oder Hochflurbahn. Zudem würden die Nachbarkommunen eine Bahntrasse wollen. Von Seiten der Stadtverwaltung wurde gesagt, dass man im Mai/Juni ein Ergebnis haben wolle, um sich im Sommer entscheiden zu können. Nun wolle sie wissen, ob dieser Zeitplan noch stehe? Aufgrund der Bedenken werde man sich heute

enthalten.

Stadtrat **Noz** interessiert sich, ob die Firma Erfahrungen mit derartigen Aufträgen habe. Zudem wolle man bis Mai die Ergebnisse, da das Gremium der Stadtverwaltung die Beauftragung des Gutachtens bereits im November mit auf den Weg gegeben habe. Das Gutachten sei wichtig für eine Entscheidung zum Thema Stadtbahn, deshalb werde man zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** sieht sich über die BRT-Trasse bereits genug informiert. Sie sähe keine Vorteile gegenüber einer Niederflurbahn, zudem bestehe ein erschreckend hoher Flächenbedarf. Die 100.000 EUR für das Gutachten sähe sie als überflüssig an, da sich bereits alle Vorredner außer Stadtrat Noz kritisch gegenüber einer BRT-Trasse geäußert hätten. Sie werde daher heute dagegen stimmen.

Stadtrat **Rothacker** erklärt, dass er für das BRT-System sei. Man habe jetzt die Möglichkeit auf neue Energien umzusteigen, zudem würde man durch das System auch in Zukunft flexibel bleiben. Wenn man die Kosten nach den Einwohnern verteile, würde Ludwigsburg deutlich am meisten zahlen. Daher sei Vorrangig zu schauen was für Ludwigsburg am besten sei und nicht was die Nachbarkommunen wünschen. Er plädiert dafür zuerst alle Zahlen abzuwarten, bevor man eine Entscheidung treffe. Deshalb stimme er heute zu. Er hoffe, dass Vergleichszahlen bis Juni vorliegen.

Für Stadtrat **Lettrari** seien die 100.000 EUR schlicht zu viel, deshalb stimme er heute dagegen.

BM **Ilk** beantwortet die Fragen. Man habe den Auftrag bereits nach der Sitzung im Oktober 2016 vergeben, um keine Zeit zu verlieren und alle drei Systeme miteinander vergleichbar zu machen. Dies war nötig, um den Zeitplan einzuhalten. Denn ein so komplexes Verfahren müsse bei vielen Meilensteinen mit dem Ministerium für Verkehr abgestimmt werden und dies benötige mehr Zeit als drei Monate. Heute wolle man nachträglich den Beschluss des Gremiums herbeiführen. Sollte sich der BTU dagegen entscheiden, würde der Auftrag gestoppt. Das Büro Ingenieur Gesellschaft Verkehr Stuttgart (IGV) habe bereits Erfahrungen mit standardisierten Bewertungen. Die intensiveren Diskussionen für welches Modell man sich entscheide müssten aber zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden, wenn man die Ergebnisse der Untersuchungen habe.

Stadtrat **Gericke** erfragt nochmals die Grundlage für die standardisierte Bewertung. Denn die drei Systeme seien alleine durch ihren unterschiedlichen Flächenverbrauch nicht vergleichbar. Der Nutzen der Hoch- und Niederflurbahn für die Stadt Ludwigsburg sei mit dem BRT-System ebenfalls nicht vergleichbar. Aufgrund der schweren Vergleichbarkeit würde er gerne wissen, wie bewertet wird. Die Basis fehle.

BM **Ilk** erklärt, dass die Bewertung auf Grundlage der Machbarkeitsstudie durchgeführt werde.

Stadtrat **Juranek** sieht die Möglichkeit, evtl. auch für ein BRT-System Zuschüsse zu erhalten. Er erkundigt sich ob die standardisierte Bewertung dafür Voraussetzung wäre.

BM **Ilk** gibt Auskunft, dass eine Förderung nur mit dem Ergebnis einer standardisierten Bewertung möglich sei. Nach den ersten Zahlen wäre eine Landesförderung denkbar.

Stadträtin **Liepins** merkt an, dass man ein BRT-System vermutlich alleine realisieren und bezahlen müsste.

BM **Ilk** erläutert, dass wenn das Ergebnis zeigen würde, dass das BRT-System bei geringeren Kosten einen höheren Nutzen habe, bei den umliegenden Kommunen Überzeugungsarbeit notwendig sein werde.

Stadtrat Gericke bittet darum, die Linienführung und Grundlagen vorzustellen, welche bzw. auf welcher Grundlage bewertet werden soll. Ansonsten könne er nicht abstimmen,

Stadtrat Noz führt aus, die Trassen seien noch offen. Klar sei, dass Markgröningen – Remseck Start bzw. Ziel sein sollen.

Stadtrat Rothacker teilt mit, er könne die nun aufkeimende Diskussion nicht nachvollziehen. Zunächst müssten Zahlen ermittelt werden, dann könne diskutiert werden.

Stadtrat Gericke bittet fürs Protokoll festzuhalten, dass aus seiner Sicht die standardisierte Berechnung jeweils einen konkreten Fall bewertet. Die nun im Raum stehende Bewertung basiere nach dem Gesagten auf der Machbarkeitsstudie. Man lasse nun ein drittes System bewerten. Es müsse jedem klar sein, dass am Ende für viel Geld drei standardisierte Bewertungen vorliegen und es nicht einfach wird, Änderungen vorzunehmen. Es werde Aufgabe sein, die Bewertungen vergleichbar zu machen. Er bitte darum, die Machbarkeitsstudie dem Protokoll nochmals beizufügen.

Im Anschluss lässt BM Ilk über die Vorlage Beschluss fassen.

TOP 2

Flüchtlingsunterkunft Ditzinger Straße 17  
- Vergabe der Bau- und Betreuungsleitung an die  
Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 008/17

---

### **Beschlussempfehlung:**

1. Der Gemeinderat beschließt den Bau einer temporären Flüchtlingsunterkunft in der Ditzinger Straße 17, auf dem Parkplatz „Kleines Feldle“ neben der Grundschule Pflugfelden mit Projektkosten in Höhe von bis zu 2.8 Mio. EUR.
2. Die Verwaltung wird beauftragt mit der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH einen Vertrag sowohl zur Erstellung einer schlüsselfertigen Einrichtung als auch zur Gebäudeverwaltung und Betreuung dieser Unterkunft zu schließen.
3. Die in der Anlage 1 beigefügte Vereinbarung zwischen der Stadt Ludwigsburg und der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH wird beschlossen.
4. Die Stadtverwaltung wird ermächtigt mit der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH eine Vereinbarung zu treffen, die diese berechtigt mit dem Landkreis Ludwigsburg einen Mietvertrag im Namen der Stadt Ludwigsburg zur Unterbringung von Flüchtlingen abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: - Stadtrat T. Lutz

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beratungsverlauf:

---

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 19.01.2017

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Stadtrat **Noz** erinnert, dass versprochen wurde, dass der geplante Parkplatz nach Westen zu Baubeginn der Flüchtlingsunterkunft funktionsfähig erstellt ist. Dies sei noch nicht geschehen.

BM **Ilk** informiert, dass dafür mittlerweile die Freigabe des Landratsamts vorliege. Sobald es die Temperaturen zuließen, werde mit dem Bau begonnen.

Stadträtin **Burkhardt** bemerkt die verschiedenen Bauvorhaben von Flüchtlingsunterkünften in der Nähe von Schulen. Sie habe es nicht geschafft an verlässliche Zahlen der Schulentwicklungsplanung von der Stadt zu kommen. Sie werde sich heute enthalten, allerdings nicht wegen der Vorlage, sondern da man ihr die gewünschten Zahlen vorenthalte.

BM **Ilk** weist darauf hin, dass die Schulentwicklungsplanung zu Dezernat II gehört, der BTU sei dafür die falsche Anlaufstelle.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) ergänzt auf Frage von Stadträtin Steinwand-Hebenstreit, dass in Pflugfelden eine Dachbegrünung nicht vorgeschrieben sei, dies aber gemacht werden solle, wenn es den preislichen Rahmen nicht sprengt.

Stadtrat **Link** interessiert sich, ob die modularen Mauerelemente so verändert werden können, dass evtl. in Zukunft daraus Klassenzimmer gemacht werden können..

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert, dass zwischen zwei Einheiten die Zwischenwände herausgenommen werden können, dadurch wäre eine später eine Nutzung als Klassenzimmer möglich.

TOP 3	Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Höfe am Kaffeeberg" - Erneuter Entwurfsbeschluss (Vorberatung)	Vorl.Nr. 003/17
-------	---	-----------------

---

### **Beschlussempfehlung:**

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Höfe am Kaffeeberg“ Nr. 010/08, der am 09.11.2016 vom Gemeinderat beschossen wurde, wird wegen Änderungen des Plans, des Textteils und der Begründung erneut beschlossen.

Maßgebend sind der Entwurf des Bebauungsplans und die örtlichen Bauvorschriften des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung vom 23.12.2016, bestehend aus dem Lageplan mit Textteil sowie die Begründung vom 23.12.2016. Die Anlagen 4-8 zum Entwurfsbeschluss vom 09.11.2016 behalten ihre Gültigkeit (vgl. Vorl. Nr. 273/16).

Der Entwurfsbeschluss wird nur wirksam, wenn der Durchführungsvertrag geschlossen ist.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: - Stadtrat T. Lutz

Ja 13 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 003/17, Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) erläutert die Vorlage.

Stadtrat **Braumann** drückt seine Zustimmung aus und hofft, dass der Investor das Entgegenkommen mit einer zügigen Durchführung honoriert.

Für Stadtrat **Gericke** hält die eine hohe Dichte in Innenstadtlage für verträglich. Auch er hoffe nun, dass das Projekt mit gutem Ergebnis und guter Qualität zu Ende geführt werde. Deshalb stimme er zu.

Stadtrat **Juranek** wolle an der Planung nicht schon wieder herumkritisieren. Er sei allerdings irritiert, wieso die Nutzungszahlen so hoch seien und ob man die gesetzlichen Begrenzungen ohne weiteres umgehen könne.

Stadträtin **Burkhardt** gibt bekannt, dass sie nicht bereit sei den geänderten Nutzungsziffern zuzustimmen.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) erläutert die Planänderungen. Es werde eine geänderte städtebauliche Begründung benötigt. Diese liege vor. Aus seiner Sicht handele es sich beim Verfahren um die transparenteste und rechtssicherste Lösung. Die absolute Höhe der Gebäude ändere sich durch die geänderten Nutzungsziffern und die Anhebung der Erdgeschossfußbodenhöhe nicht.

TOP 4

Straßenteilumbenennung Schlieffenstraße  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 375/16

---

Beratungsverlauf:

Zu Beginn der Sitzung wurde dieser Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 5

Kulturzentrum  
- digitales Leitsystem und Umgestaltung Foyer  
- mündlicher Bericht

---

Beratungsverlauf:

Herr Weißer (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) die vorgesehenen Umgestaltungsmaßnahmen im Kulturzentrum.

Stadtrat **Noz** sieht bewegliche Möbel als kritisch an, da diese oftmals Vandalismus zum Opfer fallen. Die größten Besucherströme seien in den oberen Sälen zu verzeichnen. Diesen Weg durch Möbel zu verengen halte er nicht für sinnvoll. Die Planung einer großen LED-Wand fände er gut, allerdings habe eine Überdachung des Weges vom Parkhaus ins Kulturzentrum aus seiner Sicht Vorrang.

---

Stadträtin Dr. **Knoß** berichtet von einem Gespräch mit einer Besucherin der Stadtbibliothek. Diese habe angemerkt, dass die Leseecke nicht vor Zugluft geschützt sei. Da an diese Stelle die neue Informationstheke gebaut werden soll, bittet Stadträtin Dr. Knoß dies zu prüfen, um die Mitarbeiter zu schützen. Zudem sei ein runder Tisch im Lesebereich angenehmer als ein länglicher, wo man wie auf einer Stange säße.

Stadtrat **Juraneck** findet es gut und wichtig Geld in die Hand zu nehmen, um den Bereich im Kulturzentrum zu ordnen. Es seien bereits viele problematische Punkte genannt worden. Ein weiterer Punkt sei, dass bei offener Tür zur Mensa der Geruch aus der Mensa in den Vorraum dringen würde. Hier müsse man eventuell den Abzug der Kantine dringend überprüfen.

Stadtrat **Rothacker** drückt seine Zustimmung für den Vorschlag fest angebrachter Möbel aus. Ansonsten gefalle ihm die Präsentation äußerst gut.

Stadträtin **Burkhardt** regt an eine Verbesserung der Bewerbung von Veranstaltungen vorzunehmen, da oftmals Bürger in den Fraktionsräumen nach Veranstaltungen fragen. Zudem erinnert sie an den gestellten Antrag zur Sanierung der Außenwände des Kulturzentrums.

Stadtrat **Link** regt zusätzlich an, den Sonnenschutz in den Fraktionszimmern zu erneuern, um Heiz- und Stromkosten zu sparen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** bringt ein Anliegen aus der Bevölkerung vor, die Container zur Bücherrückgabe so aufzustellen, dass man auch bei geschlossenem Kulturzentrum Bücher einwerfen kann. Zudem kritisiert sie die derzeitige mangelnde Barrierefreiheit im Kulturzentrum.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) geht auf die Fragen und Anregungen aus dem Gremium ein. Die Anschaffung fester Möbel werde auch hinsichtlich des Brandschutzes geprüft. Der Sonnenschutz in den Fraktionszimmern müsse elektronisch gemacht werden. Anregungen und Hinweise wie z.B. wie die Zugluft an der Leseecke würden dankend mitgenommen. Das Gebäude werde etappenweise erneuert, dazu gehöre auch die Mensa mit ihrer Belüftung.

Das Thema Verschattung z.B. der Fraktionsräume werde diese Jahr voraussichtlich noch nicht durchgeführt. Auf Rückfrage von Stadtrat Rothacker teilt Hr. Weißer mit, das WLAN sei ausreichend.

TOP 6                      Stadtbad  
- Provisorische Umnutzung für Mensa und  
Besprechungsräume  
- mündlicher Bericht nach Vorplanung  
(Leistungsphase II)

---

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll), erläutert Fr. Barnert (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) die Teilnutzung für Mensa und Besprechungsräume im ehem. Stadtbad Ludwigsburg. Sie erläutert die Vorplanung nach Leistungsphase II und beantwortet Detailfragen der Stadträte.

Stadtrat **Braumann** erinnert, dass es, wie im Oktober besprochen, keine energetische Sanierung geben werde. Das Projekt sei doch größer geworden als zu Beginn geplant, aber das sei erforderlich um den alten Charme zu behalten.

Stadtrat **Gericke** findet die Idee schön, aus dem alten Stadtbad eine Mensa zu machen. Es sei

allerdings grenzwertig, ein so großes Volumen zu beheizen ohne es vorher zu sanieren. Die Idee mit dem Beckenrand als Sitzgelegenheit gefalle ihm sehr gut. Des Weiteren fragt Stadtrat Gericke nach, ob die Nutzungsmöglichkeiten mit den Schulen abgesprochen seien. Es sei nun eine provisorische Lösung die man durchaus länger nutzen könne, trotzdem müsse man den Weg weitergehen.

Für Stadträtin **Liepins** steht fest, dass der Bedarf an Schulen und somit auch an Mensen gegeben ist, deshalb stelle die Umnutzung den richtigen Schritt dar. Das denkmalgeschützte Gebäude weiterhin als Stadtbad zu nutzen sei eine zu teure Option. Die Kosten für das jetzige Vorhaben seien zu Beginn auf etwa eine Million Euro geschätzt worden. Diese habe man deutlich überschritten. Eine Nutzung über drei Jahre hinaus sei durchaus denkbar.

Stadtrat **Rothacker** erklärt, dass man keine Alternative habe. Dass die geplanten Kosten von einer Million Euro nicht ausreichen würden, sei klar gewesen. Allerdings werde es kritisch, falls die Kosten weiter steigen sollten.

Stadträtin **Burkhardt** fragt nach, da das Stadtbad denkmalgeschützt sei, was der Denkmalschutz von den Umbauplänen halte. Zudem regt sie an, dass die Stadt sich Gedanken über die Entfaltung der Schulen in der Innenstadt machen solle. Man könne durchaus andere Standorte, auch außerhalb der Innenstadt für Schulen wählen.

Stadträtin **Dr. Knoß** bemängelt, dass die Schüler erst ihr Getränk holen und dann damit in die Schlange stehen müssen. Dies fände sie andersherum geschickter.

Stadtrat **Meyer** weist darauf hin, dass das Projekt mit Kosten von zwei bis drei Millionen Euro an der Prioritätenliste vorbeigeschleust wurde. Dies sei nicht Sinn der Prioritätenliste. Allerdings sei der Bedarf einer Mensa gegeben.

Frau **Barnert** erläutert, dass es bereits Termine mit dem Denkmalschutz gegeben habe. Da man möglichst viel in dem Gebäude lasse und wenig in die Fassade eingreife, gäbe es keine Probleme. Der Denkmalschutz sei aber trotzdem weiterhin eng eingebunden. Die Mensa sei schwerpunktmäßig so bestuhlt wie dargestellt, es werde nur wenige Veranstaltungen geben die eine andere Bestuhlung erfordern bzw. dort stattfinden werden. Der Ablauf mit Essens- und Getränkeausgabe sei noch in der Feinabstimmung. Der Getränkeausschank müsse allerdings außerhalb der Küche sein, so dass sich Schüler auch Getränke holen können, wenn die Küche geschlossen ist.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) ergänzt, dass das Gebäude für die Stadtwerke eine finanzielle Belastung darstelle. Wenn die Steuerbehörde keine Bedenken anmelde, werde die Stadt das Gebäude wahrscheinlich für einen Kaufpreis gegen null Euro erwerben können. Es handele sich aber nach wie vor nur um ein Provisorium, da man nur das nötigste mache um den Betrieb sicherzustellen. Es handele sich nicht um eine Generalsanierung. Deshalb seien auch die Kosten für den Unterhalt entscheidend.

Stadtrat **Braumann** regt für die Zukunft an, dass wenn sich Tagesordnungspunkte auf alte Vorlagen beziehen, man auf die Tagesordnung die alten Vorlagen schreiben könne. Dies würde die Arbeit der Mitgliederinnen und Mitglieder des Gemeinderats erleichtern.